



Innenministerin Liese Prokop: „Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen und weiter verbessern, dass sich Menschen, die zu uns kommen, tatsächlich integrieren können.“

Ein Dialog für die Integration

Im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft referierten und diskutierten hochrangige Experten beim „Dialog der Kulturen und Religionen“ am 19. Mai 2006 in Wien über Modelle der Integration.

Ich wünsche mir eine breite und seriöse Diskussion ohne Firewall. Man muss den Mut haben, Problemfelder aufzugreifen, offen anzusprechen, und Lösungen suchen“, sagte Innenministerin Liese Prokop bei der internationalen Konferenz „Dialog der Kulturen und Religionen“ in der Wiener Hofburg am 19. Mai 2006.

Ziel war es, gemeinsam mit anderen Staaten, internationalen Gemeinschaften und Organisationen zu diskutieren und Modelle des Dialogs und der Integration zu analysieren und miteinander zu vergleichen. „Wir wollen mit der Konferenz den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fortsetzen, der in unserem Land mittlerweile schon eine gute Tradition hat. Wir wollen aber auch im Rahmen der EU-Präsidentschaft einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Strategie gegen Radikalisierung und Rekrutierung leisten“, so Prokop. Bei der Konferenz

ging es auch darum, das international äußerst angesehene österreichische Modell der Integration in einem europaweiten Rahmen vorzustellen.

„Wir wollen die Voraussetzungen für einen funktionierenden Dialog und ein funktionierendes Zusammenleben ausloten“, sagte der Moderator der Veranstaltung, der Publizist Heinz Nußbaumer. „Wir werden unterschiedliche Dialogs- und Integrationsmodelle in verschiedenen Ländern miteinander vergleichen und nach bereits bewährten Praktiken in Europa Ausschau halten.“

Die Frage, weshalb sich gerade das Innenministerium dieses Themas annahm, ist auf das Wechselspiel zwischen dem Dialog der Kulturen und Religionen und der inneren Sicherheit in den einzelnen Staaten zurückzuführen – ein Wechselspiel, das nicht nur in der Europäischen Union existiert, sondern in der gesamten Welt.

Die Förderung dieses Dialogs ist daher für die innere Sicherheit von maßgeblicher Bedeutung, weshalb die österreichische EU-Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt in Richtung Dialog gesetzt hat.

In vier Diskussionsrunden wurden die Themen „kultureller/religiöser Dialog im Alltag“, „Modelle des kulturellen und religiösen Dialogs aus sicherheitspolitischer Sicht“, „Europa – eine Wertegemeinschaft?“ und „Religion als Brückenbauer des interkulturellen Dialogs“ behandelt. Zu den Diskussionssteilnehmern zählten unter anderem der EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gijs de Vries, die dänische Integrationsministerin Rikke Hvilshøj, der Leiter des Jewish Welcome Services, Leon Zelman, das Oberhaupt der Moslems in Bosnien-Herzegowina, Mustafa Cerić, der Islam-Experte der Harvard Universität, Bassam



Experten diskutierten über Voraussetzungen für einen Dialog und ein funktionierendes Zusammenleben.



Innenministerin Liese Prokop präsentierte bei der Konferenz eine Studie über die Integration muslimischer Mitbürger.

Tibi, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Anas Schakfeh, sowie der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl. Aber nicht nur Politiker, Wissenschaftler und Praktiker kamen zu Wort, sondern auch Betroffene, die aus ihrer Sicht der Dinge und von ihren Erfahrungen hier in Österreich berichteten.

Gastgeberin Liese Prokop betonte die Wichtigkeit, den Dialog der Kulturen und Religionen in Europa und darüber hinaus noch ernster zu nehmen. „Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen bzw. weiter verbessern, dass sich Menschen, die zu uns kommen, tatsächlich integrieren können. Wir müssen aber auch unmissverständlich gemeinsam gegen Intoleranz und Gewalt auftreten.“ Für sie sei es selbstverständlich, dass sich die Politik in diesen Fragen ihrer Verantwortung nicht entziehe. Gerade deshalb beteilige sich das Innenministerium so aktiv an diesem Dialog.

„Wir wollen die EU-Präsidentschaft in Österreich nutzen, um voneinander zu lernen. Außerdem ist es mir persönlich ein ganz tiefes Anliegen, diesen Dialog nicht nur zu führen, sondern auch voranzutreiben und zuletzt glaube ich, dass wir einfach gemeinsam gegen Intoleranz und Gewalt auftreten müssen, in all ihren Erscheinungsformen, die es gibt“, betonte Prokop.

Integration werde das Thema der nächsten Jahrzehnte sein. „Ein ganz wesentlicher Punkt ist das Erlernen der Sprache in dem Land, in dem man lebt“, sagte Prokop. „Wir haben daher die Voraussetzungen für die Integration deutlich verbessert.“ Beispiele dafür sind die Deutsch-Integrationskurse, die ergänzenden Alphabetisierungs-Kurse und das neue Staatsbürgerschaftsgesetz. „Und wir haben im Vorjahr die frühe

Sprachförderung bei Kindergartenkindern eingeführt. Ein Projekt, das sehr positiv angenommen wird und mit dem wir den Kindern die Chance geben, mit der Sprache ihres Landes umgehen zu können, wenn sie in die Schule eintreten und damit dem Unterricht folgen können. Wir haben auch im neuen Staatsbürgerschaftsgesetz darauf hingewirkt, dass Kenntnisse über Kultur und Gesellschaft vermittelt werden, denn ich glaube, dass diese Punkte einfach notwendig sind, um den Kindern eine Zukunft zu geben.“

Integration ist kein Automatismus, sondern brauche Beiträge aller Beteiligten, so die Ministerin: „Auf der Seite der neuen Mitbürger erfordert das die Bereitschaft, die europäischen Grundwerte anzuerkennen und aktiv an unserem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Auf Seite der hier geborenen Menschen geht es um Offenheit für Neues und die Unterstützung und Begleitung auf diesem Weg.“ Eine wesentliche Rolle spiele dabei der „Europäische Werte-Konsens“, er müsse von beiden Seiten mitgetragen werden: „Im Mittelpunkt stehen die Religionsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung – unter Beachtung von wechselseitigen Sensibilitäten; die Freiheit, über sein Leben selbst zu entscheiden und gleichzeitig die Freiheit des anderen zu achten; die Gleichberechtigung von Frau und Mann; die Trennung von Religion und Staat; die Anerkennung demokratischer Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit und eine eindeutige Ablehnung und Verurteilung von archaischen Verhaltensweisen wie zum Beispiel Ehrenmorde“, erklärte Prokop.

„Euroislam“? In den Diskussionen wurde der Frage nachgegangen, ob es so etwas wie eine „europäische Versi-

on des Islams“ gebe. Die Meinungen waren unterschiedlich: Islamwissenschaftler Bassam Tibi sagte, dass der Islam flexibel sei und sprach von einem „Euroislam“. Anas Schakfeh, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, widersprach Tibis Äußerungen: „Es gibt keinen europäischen Islam, wie es keinen afrikanischen, asiatischen oder türkischen gibt.“ Es gebe zwar regionale Prägungen, die Religion sei aber universal.

Einigkeit herrschte in der Frage, ob die europäischen Werte mit dem Islam in Einklang zu bringen sind. Tibi und Schakfeh sprachen sich deutlich für ein Ja aus. Das Oberhaupt der Moslems in Bosnien-Herzegowina, Mustafa Cerić fügte hinzu, dass der Islam nicht grundsätzlich im Widerspruch zu den Werten des Lebens, der Freiheit, der Religion, der menschlichen Würde und des Besitztums stehe.

Im Rahmen der Veranstaltung präsentierte die Innenministerin eine Studie über die Integration moslemischer Mitbürger offiziell der Öffentlichkeit. Studien-Co-Autor, Prof. Mathias Rohe von der Universität Erlangen leitete die Diskussion über die (sicherheits-)politischen Aspekte des interkulturellen und interreligiösen Dialogs.

Ausstellung. Während der Konferenz wurden auf Initiative des Vereins „Lighthouse Center for Culture and Education“ und mit Förderung des Außenministeriums Bilder der Ausstellung „Muslime in Österreich, in ihrer Heimat und unser Zusammenleben in Europa“ des österreichischen Fotografen Lukas Maximilian Hüller gezeigt. Die Ausstellung gastierte bereits in Jerusalem und wird künftig in Paris, London und Kairo zu sehen sein.

Alexander Marakovits